

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: [REDACTED] [REDACTED]@dbb.de>

Gesendet: Mittwoch, 21. April 2021 15:05

An: Referat [REDACTED] [REDACTED]@bmfsfj.bund.de>

Cc: [REDACTED]@bmbf.bund.de' [REDACTED]@bmbf.bund.de>; [REDACTED]@DBB.de>; [REDACTED]@vbe.de>; [REDACTED]@komba.de>; [REDACTED]@keg-deutschland.de>; [REDACTED]@dphv.de>; [REDACTED]@staff.uni-marburg.de' [REDACTED]@staff.uni-marburg.de>

Betreff: AW: Frist: 21.04.21, 18 Uhr Verbändebeteiligung Entwurf Ganztagsförderungsgesetz, Frist

Sehr geehrte Damen und Herren,

der dbb beamtenbund und tarifunion nimmt zu der geplanten Änderung im SGB VIII zur Normierung eines Anspruchs auf eine Betreuung von Grundschulkindern in einer Tageseinrichtung wie folgt Stellung:

Die Umsetzung erscheint unrealistisch, denn derzeit ist in den Stadt- und Landkreisen vieler Bundesländer bereits der bestehende Rechtsanspruch für Kinder auf einen Platz in einer Kindertagesstätte nicht umfassend gewährleistet.

Das Ziel des Ganztagsförderungsgesetzes erscheint schwer zu erreichen, weil kaum einzusehen ist, wie die Ganztagsförderung gelingen soll, wenn es weiter massiv an Fachkräften im Bereich der frühkindlichen Erziehung fehlt und schon der bestehende Betreuungsanspruch der Kleinsten sich kaum gewährleisten lässt. Werden auch an den Grundschulen mehr Erzieherinnen und Erzieher gebraucht, wird das Problem jedenfalls nicht entschärft.

Wir befürchten, dass weder das Geld noch das Personal, das betrifft auch die Lehrerinnen und Lehrer, quantitativ für die Grundschul-Ganztagschule ausreichen. Wir können dementsprechend auch der Feststellung, der quantitative und qualitative Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter sechs Jahren sei erfolgreich vorangetrieben worden, nicht zustimmen.

Ein Rechtsanspruch ab 2025 wird die dem Mangel zugrundeliegenden Probleme nicht lösen. Die vom Bund in Aussicht gestellten Finanzhilfen dienen vor allem der Infrastruktur, lösen aber nicht das beschriebene Problem.

Zudem gibt es eine erhebliche Schnittstelle zwischen dem schulischen Bereich und der Jugendhilfe. Die Bundesländer sind diesbezüglich sehr unterschiedlich aufgestellt. Auch hier sehen wir Handlungsbedarf, der je nach Ausgangslage sehr aufwendig ist.

Unbeschadet des Gegenstands dieser Verbändebeteiligung möchten wir die kurze Rückmeldefrist kritisieren, die eine geordnete Beteiligung und fundierte Stellungnahmen erschwert.

Mit freundlichen Grüßen

■■■■■■■■■■

Strategischer Planungsstab,

■■■■

Stabsstelle Bildung, Europa und Internationales

dbb beamtenbund und tarifunion

Friedrichstraße 169

10117 Berlin

Telefon +49 (0)30.40 81 – ■■■■

E-Mail ■■■■@dbb.de <mailto:■■■■@dbb.de>

Internet [www.dbb.de](http://www.dbb.de) <<http://www.dbb.de/>>

Facebook [facebook.com/dbb.online](https://www.facebook.com/dbb.online) <<https://www.facebook.com/dbb.online>>

Twitter [twitter.com/dbb\\_news](https://twitter.com/dbb_news) <[https://twitter.com/dbb\\_news](https://twitter.com/dbb_news)>